

Liebe Bürgerinnen und Bürger,
liebe Freunde des sicheren Energiewandels,

ich weiß nicht, ob unser Umweltminister Franz Untersteller zur Zeit ruhig schlafen kann. Er hat die Chance, eine weitsichtige Entscheidung für die Gesundheit aller Bürger im Landkreis Ludwigsburg und im Land Baden-Württemberg zu treffen. Bisher hat er sie aber noch nicht getroffen. Vielleicht, weil er als Minister andere Interessen vertritt als der von den Menschen seines Wahlkreises gewählte Landtagsabgeordnete.

Egal ob der Minister ruhig schlafen kann oder nicht, der heutige Tag soll ihm ein Weckruf sein. Der grüne Ortsvorstand, die grüne Gemeinderatsfraktion sowie mehrere grüne Kreisräte einschließlich mir selbst wollen Minister Franz Untersteller vor einem bewahren: nämlich vor der größten politischen Fehlentscheidung seiner Karriere.

Eine Ablagerung strahlender Abfälle auf unseren Kreisdeponien wäre eine solche Fehlentscheidung. Ein ministerieller Alleingang würde den Bürgerinnen und Bürgern vermitteln, dass die jahrzehntelangen Profite des Energiekonzerns EnBW weiterhin höher bewertet werden als die Investition in die Gesundheitsvorsorge zum Schutz aller Bürgerinnen und Bürger unseres Landkreises.

Franz Untersteller hat am 12.12.2007 als Landtagsabgeordneter der Grünen in der damaligen Opposition einen Antrag im Landtag gestellt. In diesem Antrag vor knapp 10 Jahren hat der heutige Minister zu Recht eine Absenkung der radioaktiven Abgabewerte im Sinne der Gesundheitsvorsorge gefordert.

Mehrere Studien hatten schon damals den Beweis für die krankmachende Wirkung des Normalbetriebs eines Atomkraftwerks bewiesen, z.B. zwei Studien des Kinderkrebsregisters Mainz (1980-2003), z.B. Professorin Maria Blettner im Auftrag des Bundesamts für Strahlenschutz, und z.B. die große Kinderkrebs-Studie – die sogenannte KiKK-Studie eines 12köpfigen Expertengremiums, des Bundesamts und des Krebsregisters.

Klare Aussage aller Studien: es entstehen deutlich mehr Krebsfälle bei Kindern, die im 5km-Umkreis eines Atomkraftwerks wohnen. Und es entstehen immer mehr Krebsfälle, je näher die Kinder beim Kraftwerk wohnen. Darauf hatte Franz Untersteller deutlich hingewiesen und das ist auch heute noch gültig.

Franz Untersteller kennt die krankmachende Wirkung dieser ionisierenden Strahlung. Für manche ist es vielleicht eine überraschende Tatsache: diese Strahlung ist damals wie heute gar nicht messbar. Der Geigerzähler bleibt still, wenn Sie das Kinderzimmer des leukämiekranken Kinds damit betreten. Wir sehen das schwer kranke Kind und können bis heute nicht naturwissenschaftlich genau erklären, warum. Der gesunde Menschenverstand sagt uns aber schon lange: es gibt einen Zusammenhang! Und alle vorhin genannten Studien bestätigen das. Das weiß auch unser Umweltminister.

Ich weiß nicht, ob Franz Untersteller ruhig schlafen kann. Heute ist er nicht nur gewählter Landtagsabgeordneter sondern auch Umweltminister und hat als ausgewiesener Umweltperte beim Atomausstieg auch die Verpflichtung, die Gesundheit von uns Bürgerinnen und Bürgern zu schützen.

Die grüne Bundestagsfraktion hat das erkannt. Vor wenigen Wochen hat sie einen Antrag zur Neuordnung des Strahlenschutzes im Bundestag eingebracht. In diesem Antrag weist die Fraktion auf die nachgewiesene Schädlichkeit auch noch so niedriger Langzeitstrahlung hin. Die grüne Fraktion stellt darin außerdem das 10-Mikrosievert-Konzept in Frage. Und sie benennt den zentralen Satz: „Die bisherigen Verfahren schaffen kein Vertrauen“. Das bekam die Abfallwirtschaft Ludwigsburg auch schon leidvoll zu spüren. Dieses Vertrauen gilt es nun wieder herzustellen. Das gelingt nur gemeinsam.

Der grüne Entschließungsantrag stellt auch klar, dass es unverantwortlich und unvernünftig ist, als Atomausstiegsland weiterhin öffentliche Gelder für die Erforschung von Kernfusion, Transmutation und neuen Reaktoren zu verplanen. Diese Gelder fehlen nämlich in der Gesundheitsvorsorge und für den Strahlenschutz.

Gesundheit ist aber wichtiger als Investitionen in eine aussterbende Risiko-Technologie. Grüne Politik hat den Atomausstieg erfolgreich auf den Weg gebracht und die Regierung muss ihn nun sicher zu Ende bringen. Betonung auf sicher.

Wie gesagt: Ich weiß nicht, ob Umweltminister Franz Untersteller ruhig schlafen kann. Es erfordert Mut und Stärke, sich an die fachliche Konsequenz der eigenen Politik zu erinnern und Verantwortung für die knapp 11 Mio. Einwohner in BaWü zu übernehmen.

Eine Freigabe des radioaktiven Bauschutts aus Neckarwestheim wäre ein Alleingang gegen den Gesundheitsschutz der grünen Bundestagsfraktion.

Die Freigabe wäre auch ein Alleingang gegen die Interessen der Bevölkerung und gegen die Beteiligung von Umweltverbänden, der Ärzteverbände und der Interessengemeinschaft Froschgraben freigemessen, die sich ehrenamtlich für den Gesundheitsschutz engagiert.

Und die Freigabe wäre ein Alleingang gegen Ihre berechtigten Gesundheitsinteressen.

Ich baue auf ein deutliches Zeichen des Kreistags am Freitag. Ein Zeichen aller Fraktionen, die sich glaubwürdig für den Gesundheitsschutz der Menschen im Landkreis einsetzen. Der Landrat des Landkreises Neckar-Odenwald Dr. Achim Brötel hat bereits die Ablagerung von Bauschutt des Atomkraftstandorts Obrigheim klar abgelehnt. Erst sollen alle Rechtsfragen geklärt und die Bürger beteiligt werden. Das halte ich für einen richtigen Schritt, auch wenn Dr. Brötel die schädliche Strahlung des Normalbetriebs leider niemals kritisiert hatte.

Politik muss sich immer an den Bedürfnissen der Menschen ausrichten - hier: der Sicherheit und Gesundheit. Sollten die Gesetze das nicht hergeben, müssen sie eben geändert werden. Profite wurden jahrzehntelang privatisiert, die Risiken sozialisiert. Das darf doch bei der Ablagerung von strahlenden Abfällen nicht weiter fortgesetzt werden!

Die Kreisverwaltung schlägt vor, die vorliegenden Anträge der Fraktionen von Freien Wählern, FDP, Grünen und LINKEN im Kreistag alle abzulehnen oder nicht weiter zu verfolgen. Alle Anträge der Kreisfraktionen stellen sich einer geplanten Ablagerung von strahlendem Bauschutt auf Kreisdeponien kritisch entgegen.

Ich weiß nicht, wie Landrat Dr. Haas sich am Freitag persönlich konkret zur Frage der Gesundheitsvorsorge im Landkreis positionieren wird.

Ich weiß auch nicht, ob es gelingen wird, eine deutliche Mehrheit im Kreistag gegen den Verwaltungsantrag und für den Gesundheitsschutz zu gewinnen und damit ein Signal der Verantwortung an alle Bürgerinnen und Bürger im Landkreis zu senden. Alles ist offen.

Ganz sicher weiß ich aber, wie ich am Freitag im Kreistag mit vielen anderen Kreistagskolleginnen und -kollegen abstimmen werde:

Ich werde den Verwaltungsantrag ablehnen. Ich werde für die Bürgerinnen und Bürger im Landkreis und ihre Kinder und Kindeskinde stimmen und jeden Antrag unterstützen, der einen vernünftigen Vorschlag zum Schutz der Gesundheit unserer weit über eine halbe Million (534.000) Einwohner im Landkreis macht. Egal von welcher Partei er kommt. Damit das Vorsorgeprinzip auch im Landkreis Ludwigsburg eine Chance bekommt. Denn Sie, alle die Sie hier in Schwieberdingen und im Landkreis leben, haben ein Recht darauf.

Deshalb abschließend: Ein herzliches Dankeschön an Herrn Dr. Vogt und die überzeugende Arbeit aller Aktiven der Interessengemeinschaft und der vielen unterstützenden Verbände sowie Bürgermeister Herrn Lauxmann. Ich wünsche uns allen eine erfolgreiche Kundgebung und am Freitag ein deutliches Zeichen für die Gesundheitsvorsorge im Landkreis.